

6. SVS-Konferenz →

Desinformation: die Bedeutung von Vertrauen im Krisenmanagement

Falsche oder manipulierte Informationen und Propaganda gab es schon immer, in den letzten Jahren nahm die Menge rasant zu. Unterdessen ist man sich in der Schweiz der Bedrohung durch Desinformation bewusst. Wie kann die Schweiz das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen? An der 6. SVS-Konferenz wurden mögliche Massnahmen vorgestellt und diskutiert.

Text: Jean-Daniel Favre, Fotos: SVS

Unter dem Titel «Desinformation: die Bedeutung von Vertrauen im Krisenmanagement» veranstaltete der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) seine sechste Konferenz am 28. November 2024 in Luzern. Präsident Emmanuel Fivaz und Generalsekretär Max Hofmann vertraten den VSPB. Die Teilnehmenden genossen ein eindrückliches Programm.

Ohne Vertrauen geht nichts

Martin von Muralt, Delegierter des Bundes und der Kantone für den SVS, begrüßte die zahlreichen Anwesenden. Mehrere Rednerinnen und Redner kamen zu Wort. Ylfete Fanaj, Regierungsrätin des Kantons Luzern, eröffnete die Debatte. Ihre Rede lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Ohne Vertrauen ist alles verloren. Die Behörden sollten sich bewusst sein: Vertrauen – in die gewählten Ver-

treter und in die Justiz – ist die Grundlage für Sicherheit.

Informationsflut verunsichert

Für den zweiten Redner leben wir in einer Art Wissenskrise: Es gebe heute keine gesellschaftlichen Gewissheiten mehr. Dr. Jean-Marc Rickli, Leiter der Abteilung für globale und aufkommende Risiken am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (Geneva Centre for Security Policy, GCSP), sieht die Welt an Infodemie leiden, also an einer Informationsüberflutung. 90% aller Daten wurden in den letzten zwei Jahren generiert. Unser Zustand gleicht einem permanenten Informationskrieg: Mit allen Mitteln wird der Gegner beeinflusst. Und wir sind anfällig: Der menschliche Geist ist so beschaffen, dass die Wahrheit sechsmal so lange braucht wie eine Lüge, um 1500 Menschen zu erreichen! Wie sollten wir uns verhalten? Man sollte den Skeptikerinnen und Skeptikern misstrauen – aber alles, was man liest, könnte ebenfalls falsch sein. So kommt es, dass die Menschen Informationen immer stärker anzweifeln. Desinformation ist eine Bedrohung für die Demokratie. Um ihr zu begegnen, muss man ihre Quellen identifizieren, sie aufspüren, sie anprangern und sie zu Informationen mit gesicherten Fakten machen. Man müsse einen kritischen Geist bewahren, und in dieser Hinsicht komme der Schule eine kapitale Rolle zu, so Rickli.

Internationale Zusammenarbeit erforderlich

Auch James Squire, britischer Botschafter in der Schweiz, ergriff das Wort. Grossbritannien will ein internationales Netzwerk zur Bekämpfung von «Fake News» schaffen und sich mit gleichgesinnten Partnern wie der Schweiz verbünden. Das würde die Analyse und den



Ylfete Fanaj, Regierungsrätin Kanton Luzern, Vorsteherin Justiz- und Sicherheitsdepartement, eröffnete die angeregte Debatte, zu welcher kein Konsens betreffend der neutralen Stellung der Schweiz gefunden wurde.

Austausch von Wissen und Erfahrungen ermöglichen. Die Bedrohungen nehmen keine Rücksicht auf Landesgrenzen und die Bekämpfung von Desinformation erfordert eine internationale Zusammenarbeit. Auch Kanadas Botschafter Patrick Wittmann erklärte, dass in seinem Land Massnahmen ergriffen worden seien und dass ein «Paket» zum Schutz der Demokratie und des Wahlsystems geschnürt worden sei.

Diskussionsrunde mit wenig Konsens

Es folgte eine erste Diskussionsrunde, in der es um die Besonderheiten der Schweiz, den Schutz der Bevölkerung, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und die Rolle der Medien ging. Kann die Schweiz das Problem regeln oder muss sie mit dieser Entwicklung leben? Neutral zu sein, reicht für den Schutz des Landes offenbar nicht mehr aus.

Die Meinungen von Markus Mäder, Staatssekretär für Sicherheitspolitik, Pascal Porchet, Chef des Amtes für Militär und Zivilschutz des Kantons Graubünden, Markus Meile, Stabschef der städtischen Krisenführungsorganisation Zürich, und Eric Gujer, Chefredaktor der Neuen Zürcher Zeitung NZZ, gingen auseinander. Sie waren sich immerhin einig, dass eine Zusammenarbeit wichtig ist. Unsere föderalen Strukturen sind hinderlich, es braucht eine starke Koordination. Gleichzeitig dürfen wir unser liberales System nicht mit Verboten torpedieren, sagten die Herren.

Input des Juristen

Prof. Dr. Florent Thouvenin von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich erläuterte seine Sicht auf den Kampf gegen Desinformation. Er hält es für wichtig, dass alle bereit sind, sich offen miteinander auszutauschen, und dass alle ihre Meinung frei äussern dürfen. So lassen sich unterschiedliche Perspektiven einordnen und Fehlinformationen entkräften.



Martin von Muralt, Delegierter des Bundes und der Kantone für den SVS, während seiner Begrüssungsrede an der sechsten SVS-Konferenz in Luzern.

Vertrauen gibt's nicht gratis

Am zweiten runden Tisch sprachen die Nationalrätinnen Isabelle Chappuis (Mitte VD) und Maja Riniker (FDP AG), die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) und der Tessiner Regierungsrat Norman Gobbi (Lega) über die strategischen politischen Herausforderungen für Bund und Kantone. Alle waren sich einig, dass das Vertrauen wiederhergestellt werden muss und dass Massnahmen nötig sind. Auch die Presse spielt eine wichtige Rolle: Informationen sollten im Vordergrund stehen, nicht Aktivismus. Ein kapitaless und lebenswichtiges Problem ist, dass der SVS und der Sicherheitssektor im Allgemeinen nicht die Mittel haben, um Desinformation gründlich zu bekämpfen. Das muss sich ändern und man muss aufhören, immer nur daran zu denken, wie viel es kosten werde. ←

Der gesamte Bericht über diese Konferenz wird im Newsletter vom März 2025 veröffentlicht.
Jetzt Newsletter abonnieren im Login-Bereich unserer Webseite!